

Vortrag in Koblenz Gneisenau-Tafelrunde

Nur Burkini, Terror und Asterix? Warum wir genauer auf Frankreich schauen sollten

Von Jürgen Liminski

Verehrte Gräfin, meine Damen, meine Herren,

Der Generalfeldmarschall, zu dessen Ehren wir uns hier in einer Tafelrunde zusammengefunden haben, war, wie Sie sicher wissen, nicht nur ein glänzender Stratege und Reformier, sondern auch als gestandener General der Stabschef von General Blücher in der Schlacht von Waterloo. Als solcher erlebte er, wie das Schlachtenglück sich wendete, weil die Preußen anders als gedacht doch von Norden auf das Schlachtfeld stießen, während Napoleons Marschall Grouchy umherirrte und sie im Osten suchte. Als Wellington und Blücher nun das letzte Carré der Franzosen, die Präsidentengarde, zur Ergebung aufforderten, schrie der General Cambronne, feurig und schwarz vom Pulverdampf zurück: „Die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht“. Das ist die Legende, wie sie die Franzosen lieben. Die historische, überlieferte Wahrheit ist kürzer, auch verständlicher. Der General schleuderte nur ein Wort zurück: „Merde“. Und das, meine Damen und Herren, beschreibt auch bündig die Lage Frankreichs heute.

Cambronne überlebte schwer verletzt die Schlacht, schwieg sich aber zeitlebens über das tatsächliche Zitat aus. Wir müssen das nicht ausmalen, ich werde Ihnen dagegen in den nächsten 45 Minuten die aktuelle Gefechtslage Frankreichs in drei Punkten näher beschreiben. Zum einen den Kampf Frankreichs um seine Identität und Kulturhoheit, Stichwort Burkini und Terror. Hier werden wir einen kleinen Exkurs in den Islam machen müssen. Zum zweiten den Kampf Frankreichs um seinen Wohlstand, also die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Und zum dritten schließlich ein kurzer Blick in die europäische Zukunft mit besonderer Würdigung der deutsch-französischen Freundschaft. Anschließend können wir gerne diskutieren.

1. Frankreichs Kulturkampf

In Deutschland wurde die Burkini-Debatte bei den Nachbarn in diesem Sommer etwas belächelt. Man hat dabei allerdings vergessen, daß Frankreich in der Islam-Debatte einige Jahre, manche koloniale Erfahrung und etliche Attentate voraus ist. Den Franzosen ist es eigentlich ziemlich gleich, wie sich jemand anzieht oder auszieht und wer mit wem schläft. Aber sie haben etwas dagegen, durch Kleidung in ihrem Selbstverständnis provoziert oder vorgeführt zu werden.

Es geht um nichts weniger als den sozialen Frieden und Kulturhoheit. Selbst Premierminister Manuel Valls nahm Stellung und zeigte Verständnis für die Bürgermeister, „die öffentliches Ärgernis vermeiden wollen“. Ihre Intention sei es, den sozialen Frieden zu schützen und politische Demonstrationen, die die öffentliche Ordnung stören könnten, zu verhindern. Wer zum Beispiel in Cannes mit einem Burkini (der muslimischen Variante des Bikini, deren Textil vom Brustbein bis zum Knie reicht, meist noch mit Kopf-, Arm- und Beinbedeckung) am Strand baden geht, bekommt ein Knöllchen. 38 Euro kostet das Vergnügen. Auch in rund 30 anderen Badeorten, meist an der Cote d'Azur, hatten die Bürgermeister den Burkini verboten. Zwei Ministerinnen allerdings sprachen sich für den Burkini aus und der Staatsrat, eine Art oberstes Verwaltungsgericht, das die Regierung in Rechtsfragen berät, hat entschieden, daß die Erlasse der Bürgermeister gegen Grundrechte der Republik, in diesem Fall die Religionsfreiheit, verstießen. Nichts deutete darauf hin, so der Staatsrat, daß durch dieses Kleidungsstück öffentliches Ärgernis erregt worden sei. Jubel beim Französischen Rat für muslimischen Kult, der Liga für Menschenrechte und dem Verband gegen Islamophobie in Frankreich (CCIF), Protest bei den Bürgermeistern und etlichen Politikern vor allem des bürgerlichen und rechten Lagers.

Für die meisten Franzosen aber ist klar: Es ist Krieg. Burka und Burkini empfinden sie als Angriffe auf ihre Lebensart, auf ihre Freiheit, auf ihre Kultur. Hier spielt das kollektive Gedächtnis, das historische Empfinden eine Rolle. Frankreich ist ein Trampelpfad der Geschichte und Ideen. Hier wurde der Versuch der Unterwerfung unter den Islam 732 bei Tours zurückgeschlagen. Hier entstanden Gedankensysteme der Diktatur und der Freiheit. Seit der Großen Revolution hat das Land alle Staatssysteme ausprobiert: Monarchie, Oligarchie, Despotismus, Demokratie, Diktatur. Hier wurden zuerst die Menschenrechte proklamiert, zuerst das allgemeine Wahlrecht für Männer

eingeführt. 15 Verfassungen wurden verabschiedet – ein Weltrekord. Schon Alexis de Tocqueville bezeichnete Frankreich als die brillianteste aber auch gefährlichste Nation Europas. Das war 1857. Inzwischen hat Frankreich alles ausprobiert, es fehlt nur die Theokratie. Davor aber warnen bereits bekannte Autoren, Stichwort Houellebecq und sein Zukunftsroman mit dem Titel Unterwerfung. Oder einer der bürgerlichen Kandidaten für das Rennen um die Präsidentschaft, der frühere Premierminister Francois Fillon, spricht vom „islamischen Totalitarismus“ (zeigen), sein Rivale Alain Juppe dagegen verharmlost gerade diese Gefahr.

In seinen "Bekennnissen eines Revolutionärs" bemerkte der französische Vordenker des Sozialismus, Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) einmal, es sei "überraschend, dass wir auf dem Grund unserer Politik immer die Theologie wiederfinden". Proudhon war kein Kirchgänger, aber er war offen für Argumente. Er hatte erkannt, dass die Glaubens- und Gewissensfreiheit die Mutter aller Freiheiten ist. Diese Erkenntnis teilte er mit anderen Denkern Europas, nicht zuletzt mit dem Zeitgenossen Tocqueville oder den Briten John Milton, John Locke und vielen anderen mehr. Freiheit ist bleibendes Erbe Europas. Diese Freiheit sucht man auf dem Grund der islamischen Politik und Religion vergebens. Sie kennt letztlich nur die Unterwerfung. Islam heißt bezeichnenderweise auch nicht Friede, sondern Unterwerfung.

Erlauben Sie mir hier den angekündigten kleinen Diskurs in die Gedankenwelt des Islam: Orthodoxe Muslime und Islamisten unterteilen die Welt in drei „Häuser“, die die Geschichte aus ihrer Sicht darstellen. Das „Haus des Friedens“ (dar al salam) ist das Gebiet unter islamischer Herrschaft, das „Haus des Krieges“ (dar al harb), umfasst die von Nicht-Muslimen beherrschten Räume. Für die übrige Welt gilt die Formel Dar al sulch, das Haus des Waffenstillstandes. Diesem Haus gilt höchstes Interesse. Es ist überall da, wo Muslime leben aber nicht herrschen, in Afrika, in Europa, gerade in Westeuropa, auch in Asien. Dort wird investiert in Moscheen, in Koranschulen, in Publikationen – und in Waffen. In diesem Haus des Waffenstillstands soll man losschlagen wenn die Zeit reif ist für die Sure 47: „Wenn ihr den Ungläubigen begegnet, schlagt ihnen das Haupt herunter und richtet unter ihnen ein großes Gemetzel an“. Genau das ist am elften September 2001 in Amerika geschehen oder am 7.7. 2005 in London oder am 11.3.2004 in Madrid. Oder am 13. November 2015 in Paris. Der Waffenstillstand ist beendet. Europa gehört zum Dar al harb, zum „Haus des Krieges“.

Natürlich gibt es in Frankreich viele gutmeinende Politiker, Prälaten und Publizisten, die sagen, man dürfe den Islam nicht gleichsetzen mit diesen radikalen Islamisten. Letztere seien nur Terroristen. Die wahren Muslime würden beten, die anderen schießen. Aber nach mehr als einem Dutzend kleiner und großer Attentate und islamistisch motivierter Morde innerhalb zwei Jahren ist für die Franzosen klar: Beide, Islamisten und Moderate rufen Allahu Akbar, die einen in der Moschee, die anderen in der Konzerthalle Bataclan oder an anderen Orten des Krieges, wo sie wahllos in die Menge schießen. Beide schöpfen aus den gleichen religiösen Quellen. Es ist die Ambivalenz des Koran, die beide Denkrichtungen rechtfertigt. Die Terroristen des Islamischen Staats zitieren in ihren Videos immer den Koran, das gleiche tat Osama bin Laden. Es ist an der Zeit, daß islamische Vereinigungen, auch in Deutschland, sich nicht nur von den Gewalttaten der Terroristen distanzieren, sondern auch von den Suren, die zur Gewalt aufrufen. Wenn sie wirklich glaubwürdig sein wollen, dann reicht es nicht, sich als Opfer der Gewalt ihrer Glaubensbrüder zu sehen. Sie müssen auch die Wurzel ihres Glaubens von der Gewalt befreien und das heißt eben, den Koran nicht mehr als sakrosanktes, unantastbares Wort Allahs zu begreifen, sondern als interpretierbaren Text mit einem historischen Kontext. Solange das nicht geschieht gilt das Wort des Politikers Phillippe de Villiers, der vor ein paar Tagen im Radio sagte: „Der Islam ist unvereinbar mit der Republik, unvereinbar mit der französischen Zivilisation, unvereinbar mit dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen, zum Beispiel von Mann und Frau, unvereinbar mit der Freiheit, zum Beispiel die Religion zu wechseln. Der Unterschied zwischen der Republik und dem Islam ist: In der Republik werden die Gesetze von den Volksvertreten gemacht, im Islam ist es Allah, der dem Volk sein Gesetz aufzwingt.“

Zurück zu Frankreich. Wo stehen die Muslime in Frankreich in diesem Krieg? Die größten Moscheen haben sich nach den mörderischen Anschlägen von Paris, Nizza oder Rouen von den Morden distanziert. Der in der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy gegründete Französische Rat Muslimischen Kults (CFCM) zeigt sich sogar darüber hinaus kooperationsbereit. Vor einem Jahr fühlte man sich noch als Opfer, als Gemeinschaft, auf die man mit dem Finger zeigte. Nach den Anschlägen von Paris wurde ein Text für alle angeschlossenen Moscheen erarbeitet und der Präsident des CFCM, Anouar Kbibech, will auch die Ausbildung der Imame reformieren. Ein Lehr- Zertifikat soll eine tolerante und offene Lehre des Islam garantieren. Die Verhandlungen darüber laufen. Die Diskussion erinnert an die Zustände in Deutschland, man denke nur an die türkische Vereinigung Ditib.

Die Reform über die Lehrausbildung und Lehrtätigkeit von Imamen in Frankreich ist in der Tat dringend nötig. Von den rund 2000 Imamen in Frankreich sind nur etwa 400 Franzosen. Die anderen sind entweder Wanderprediger aus Nordafrika oder vom Golf und aus dem Nahen Osten „importiert“. Sie werden von der jeweiligen Gemeinde in Frankreich „gerufen“ – je nach theologischer Ausrichtung der Gemeinde – oder von Regierungen in Algerien, Marokko, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei entsandt. Das sind auch die Länder, die den größten Einfluss auf den Islam in Frankreich haben und die Expansion des Islam in Europa in seiner sunnitischen Version finanzieren. Etwa vier von fünf Imamen sind also nicht in Frankreich sozialisiert, sondern in Ländern und Gesellschaften, in denen der Islam offiziell Staatsreligion ist und die Scharia angewandt wird. In all diesen Ländern werden nichtmuslimische Minderheiten verfolgt oder bedrängt und auf Abfall vom Islam und Beleidigung des „Propheten“ steht nicht selten die Todesstrafe. Die importierten Imame sprechen kaum oder gar nicht französisch, sie predigen in arabisch und werden übersetzt. Von Land und Leuten in Frankreich haben sie oft keine Ahnung. Die gebildeteren Imame haben islamische Universitäten in Saudi-Arabien, Ägypten, früher auch im Irak und in Syrien besucht, wo der westliche Lebensstil verachtet wird. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in der großen Mehrheit der 2500 Moscheen und Kultstätten des Islam in Frankreich ein orthodoxer Islam mit entsprechender Lebensweise gepredigt wird (keine gemischten Ehen oder nur wenn der Nicht-Muslim zum Islam konvertiert; bei öffentlichen Events strikte Trennung von Mann und Frau, kein Schweinefleisch essen, keine westliche Musik hören, etc.).

In Frankreich selbst gibt es nur drei Imam-Schulen: Die Schule der großen Moschee in Paris steht unter Kontrolle algerischer Imame, die Schule in Nièvre wird von den Muslimbrüdern kontrolliert, die auch bei ihrem Ableger in Saint Denis in Paris darauf achten, dass ein radikaler Islam gelehrt wird. Die dritte Ausbildungsstätte wird von der Türkei in Strasbourg finanziert. In keiner dieser Schulen, so die Autorin des Buches „Islam – l'épreuve française“ (Islam – Herausforderung für Frankreich), Elisabeth Schemla, lege man Wert auf den französischen Kontext, auf französisches Denken, Fühlen und Sinnen. Das aber müsste sich ändern, wenn man es ernst meint mit dem Lehr-Zertifikat für Imame in Frankreich. Denn der Staat versteht sich als laizistisch und verlangt entsprechende Toleranz. Dazu sind die meisten Muslime in Frankreich auch bereit. Als unwillig und gewaltbereit zählt man

etwa 50.000, zehntausend davon sind aktenkundig. Es ist unmöglich, sie alle lückenlos zu beschatten. Hier rächt sich bitter, daß die Regierung Hollande in den letzten Jahren nicht analog zur wachsenden Terror-Gefahr mehr Geld in die Geheim-und Sicherheitsdienste investiert hat. Ein politischer Fehler mit Spätwirkung.

Die Zahl der Muslime in Frankreich wird auf sieben Millionen geschätzt. Davon gelten 10-15 Prozent als praktizierende Gläubige, die für ihr Gebet auch täglich in die Moschee gehen. Am Tag des Gebetes, dem Freitag, sind es wesentlich mehr. Zuverlässige Daten gibt es jedoch nicht, die Religion wird im Pass oder Personalausweis nicht angegeben, anders als bei den Christen, die bei der Taufe registriert werden, gibt es auch kein religiöses Familienbuch. Diese islamischen Massen sind nicht das Problem. Auch die Moscheen sind, von Ausnahmen abgesehen, nicht problematisch. Gefährlich sind die Totalitären, die Gewaltbereiten. Ihre Zahl wächst. Denn seit einigen Jahren ist eine offensive und fast aggressive Verkündigung und Propaganda außerhalb der Moscheen zu beobachten. Wie bei uns. Sie richtet sich überwiegend an junge Leute und nutzt dafür vor allem Twitter und Facebook. Hier sind die Predigten und Unterweisungen deutlich radikaler. Die Vergewaltigung von nicht-muslimischen Frauen (als Kriegsbeute) wird gerechtfertigt, minutiös wird erklärt, wie man eine Bombe bastelt oder eine Autobahn blockiert. Allen voran ist die Terror-Organisation Islamischer Staat im Internet unterwegs. Die Behörden sprechen von einem aggressiven Cyberdschihad. Über ihn werden Jugendliche verführt und für den Krieg in Syrien rekrutiert. Sie haben ihre Moschee in der Tasche. Und diese Moschee namens Smartphone hat sie im Griff.

Betrachten wir das im Kontext. Bei der französischen Jugend beschleunigt sich ganz allgemein eine geistliche Polarisierung. Nach Daten des größten Demoskopie-Instituts des Landes (Insee) über die religiöse Praxis der Franzosen sind es unter den jungen Franzosen (15 bis 25 Jahre) 40 Prozent, bei den 25 bis 39jährigen auch überdurchschnittlich viele, nämlich 35 Prozent, denen jede Religion fremd ist und die jeder Religion gegenüber auch fremd bleiben wollen. Aber es steigt auch die Zahl derjenigen, die sich zur regelmäßigen Ausübung ihrer Religion bekennen. Vor gut zwölf Jahren waren es 13 Prozent, heute sind es 17 Prozent. Das soziale Milieu spielt keine Rolle, diese Zahlen gelten durchweg für nahezu alle sozialen Schichten. Allerdings ist es für die Glaubenspraxis junger Menschen von erheblicher Bedeutung, ob die Eltern praktizierende Gläubige sind/waren oder nicht. 42 Prozent der jungen, praktizierenden Gläubigen erklären, dass ihre Eltern

ebenfalls praktizierten und dieses Beispiel sie geprägt habe. Das gelte vor allem für den Vater. Von den religiös Gleichgültigen und Desinteressierten dagegen erklärten 85 Prozent, dass ihre Eltern, vor allem die Mutter, ebenfalls nicht gläubig gewesen sei.

Hinzu kommt die Demographie. Sie ist ein dynamischer Faktor. Ein französischer Autor, Michel Gurfinkiel, hat folgende Rechnung aufgemacht: Frankreich habe in den letzten 30 Jahren einen gewaltigen ethnischen Wandel durchgemacht: Von den rund 63 Millionen Einwohnern in Kontinentalfrankreich, plus die zwei Millionen in den Überseegebieten seien etwa 23 Millionen weiß, christlich und über fünfzig Jahre alt. Von den übrigen 40 Millionen gehörten zehn zu ethnischen Minderheiten (nordafrikanische Muslime, türkischstämmige Muslime, schwarzafrikanische Muslime, westindische oder afrikanische Christen). Wenn man sich nun die Alterskohorten anschaut, erkenne man, dass 35 Prozent aller französischen Einwohner unter zwanzig Jahren diesen Minderheiten angehören und dass deren Anteil in den größeren Städten sogar auf fünfzig Prozent gestiegen ist. Die Muslime allein machten schon 30 bis 45 Prozent aus. Gurfinkiel folgert: „Da Kriegführen hauptsächlich eine Sache jüngerer Altersgruppen ist, steht es beim Kampf Mann gegen Mann in einer ethnisch-religiösen Auseinandersetzung eins zu eins“.

Diese Schlussfolgerung ist zwar rechnerisch logisch, aber dennoch überzogen. Denn nicht alle jungen Leute in den Banlieus und anderswo sind automatisch Feinde, nur weil sie muslimischen Glaubens sind. Gurfinkiels Rechnung aber zeigt, wie gespannt man sich beobachtet. Gestern erschien die Zeitschrift, in der Gurfinkiel jahrzehntelang arbeitete, mit diesem Titel: Bürgerkrieg – kommt es zum Flächenbrand?“ (Zeigen). Noch ist es nicht soweit. Frankreich verfügt über eine funktionierende Armee und gut trainierte Spezialeinheiten bei Armee und Polizei. Sie haben ihre Fähigkeiten gegen terroristische Gruppen und Organisationen mehr als einmal unter Beweis gestellt, in Afrika und in Frankreich selbst. Darüberhinaus sind die Waffen in Zahl und Qualität denen der Terroristen weit überlegen, auch die finanziellen Ressourcen sind nicht vergleichbar. Hinzu kommen Kommunikations- und Abhörsysteme bei Telefon und Internet, gegen die der IS kaum etwas entgegenzusetzen hat. Schließlich arbeitet Frankreich mit anderen Staaten und Geheimdiensten zusammen. Diese Kooperation kann verbessert werden, aber sie läuft. Und das wichtigste: Die Bevölkerung steht, von einigen linksgerichteten und grünen Politikern abgesehen, in diesem Krieg geschlossen hinter der Regierung. Dieser Krieg wird nicht verloren werden,

aber er kann lange dauern. Denn ein beachtlicher Vorteil der Terroristen ist die Motivation ihrer Kämpfer. Das Reservoir an Islamisten scheint unerschöpflich. Aus Frankreich kommen die meisten Dschihadisten des IS, man zählt rund tausend und schätzt das Doppelte. Mit Gewalt allein ist dem Phänomen nicht beizukommen. Es ist ein Kampf der Weltanschauungen, der Kulturen. Selbst wenn man der Meinung der überwiegend linksliberalen Medien in Frankreich und dem Ausland zuneigt und davon ausgeht, dass Armut und Arbeitslosigkeit die treibenden Kräfte seien, so bleibt doch das Faktum, dass es Jugendliche aus diesen religiösen Minderheiten sind, die die Gewalt ausüben, dass die meisten von ihnen sich ausdrücklich auf den Islam berufen, dass ihr Schlachtruf Allahu Akbar ist und dass ihre Vorbilder und Helden Islamisten wie Osama bin Laden, Bagdhadi oder radikale Prediger in den Vorstädten sind.

Das ist die schwache Flanke des Westens. Seine Leitkultur schwindet. Sie wird ersetzt von Business und Profitgier, von Wohlstandsdenken und Feierlaune, Dekadenz und Relativismus. Arnold Gehlen sagte es prophetisch schon in den sechziger Jahren: „Wenn die Gaukler, Dilettanten, die leichtfüßigen Intellektuellen sich vordrängen, wenn der Wind allgemeiner Hanswursterei sich erhebt, dann lockern sich auch die uralten Institutionen und strengen professionellen Körperschaften: das Recht wird elastisch, die Kunst nervös, die Religion sentimental.“ Dabei brauchen wir das Recht, es strukturiert Gesellschaften, wir brauchen die Kunst, sie drückt Denken und Fühlen aus, auch Utopien, und wir brauchen die Religion, sie gibt der Zivilisation ihr wirkliches Fundament. Es geht hier auch um mehr als um eine nur ideologisch-religiöse Auseinandersetzung. Es geht um Grundsätzliches, um das Sosein der menschlichen Zivilisation. Welches Land wäre geeigneter, Recht, Kunst und Religion in einer europäischen Leitkultur wieder sichtbar zu machen als die älteste Tochter der Kirche?

Das ist die kulturelle und geistige Hintergrundkulisse für das Stückchen namens Burkini, das derzeit auf der Bühne in Paris und in der Provinz aufgeführt wird. Politiker wie Nicolas Sarkozy und Marine Le Pen fordern ein Gesetz, das den Burkini verbietet. Sie berufen sich auf Artikel 1 der Verfassung der Fünften Republik, der Frankreich unter anderem zu einer laizistischen Republik erklärt, den Gleichheitsgrundsatz postuliert und den Staat zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet. Noch in diesem Herbst will die Fraktion der Republikaner einen entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament einbringen. Das wird die Regierung Valls in Verlegenheit bringen. Denn ein allgemeines Burkini-

Gesetz will Valls nicht erlassen. Ein Burka-Gesetz aber gibt es schon seit 2011. Wer in den Straßen Frankreichs mit Burka oder Niquab, also vollverschleiert Ärger erregt, zahlt 150 Euro. Die Mehrheit der Franzosen hält die Vollverschleierung für „ein Symbol des islamischen Extremismus“. Das Burka-Verbot ist rechtens, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschieden hat.

Der Textilstreit ist de facto ein Kulturkampf. Burkini und vor allem Burka werden verstanden als Instrument der Erniedrigung und Entwürdigung der Frau, als Demonstration und Provokation eines politisch-religiösen Denkens, das der freiheitlichen Verfasstheit und der Laizität Frankreichs entgegenstehe. Noch einmal: Es geht für die Franzosen um nationale Identität und Kulturhoheit. Es geht ihnen um die Würde der Frau, um Freiheit gegen totalitäre Versuche, um die Intoleranz der Islamisten. Zwar zeigt der Burkini das Gesicht, worin ein wesentlicher Unterschied zur Burka liegt, er zeigt aber für die Mehrheit der Franzosen auch eine Absicht jenseits religiöser Praktiken: Den politischen Willen, einen Lebensstil der Ungleichheit und des Zwangs in nicht-islamischen Gesellschaften durchzusetzen. Das ist eine politische Frage und für vier von fünf Franzosen ist klar: Die Burka ist ein Symbol. Zwar ist es keine Fahne, aber in einer aufgeheizten, phosphornen Stimmung sind auch kleine Symbole schon wie Zündhölzer. Symbole der Unterwerfung (in diesem Fall unmittelbar der Frau und mittelbar einer ganzen Gesellschaftsform) passen nicht in unsere freiheitliche, pluralistische Gesellschaft und Lebensweise. Auf Dauer geht es um Kulturhoheit, mithin um Werte. Toleranz kann keine geistige Einbahnstraße sein. Wenn es bei einem freiheitlichen Gemeinwesen bleiben soll, muss man allen etwas zumuten, auch Menschen aus anderen Kulturkreisen. Niemand zwingt sie, hier zu leben. Wer diese Zumutung ablehnt, führt per Burka einen kulturellen Dschihad, der nicht Ausdruck von Religionsfreiheit sondern eines politisch-religiösen Denkens ist, das der freiheitlichen Verfasstheit unserer Gesellschaft in Europa entgegensteht. Dem muss die Stirn geboten werden. Ich habe den Eindruck, in Frankreich geschieht es.

Leider geschieht das nicht in einem anderen Bereich, vielleicht sollte man sagen noch nicht. Und damit bin ich bei Punkt 2 unseres Röntgenbilds von Frankreich, dem Wirtschafts- und Sozialsystem.

2. Das Schlachtfeld: Wirtschaft und Soziales

Das ist das große Schlachtfeld, auch der Ideologien. Hier ist man auch nicht zimperlich. Es ist den Franzosen übrigens egal, ob Gewalt von rechts oder links kommt. Man hat beides in der Geschichte erlebt, von rechts durch die Algerienveteranen, von links durch Revolutionäre und aktuell durch Ausschreitungen bei Demonstrationen. In Frankreich hat Gewalt kein Etikett, sie ist immer metaphysisch, im Namen der Gerechtigkeit oder irgendeiner anderen höheren Sache. Natürlich kennt man auch in Frankreich die Unterteilung zwischen links und rechts, sie ist ja in Paris während der Großen Revolution geboren. Die Entstehung des politischen Koordinatensystems zwischen links und rechts lässt sich sogar auf den Tag genau datieren. Am elften September 1789 setzte sich in der französischen Nationalversammlung eine Gruppe Abgeordneter zur Linken des Parlamentspräsidenten, um so auch physisch ihre ideologische Richtung zum Ausdruck zu bringen. Die anderen blieben rechts sitzen.

In Deutschland sind die Grenzen zwischen links und rechts fließend, in Frankreich sind noch erkennbar, übrigens weniger in der Partei Front national, die sowohl linke als auch rechte Extreme in sich vereinigt. Erkennbar sind sie im sozialpolitischen Bereich. Die Linke ist eindeutig familienindifferent, die Bürgerlichen noch nicht. Die Linksregierung unter Hollande hat die Bemessungsgrenzen für familiäre Sozialleistungen zunächst einkommensabhängig gemacht und dann gesenkt, so daß immer mehr normale Familien, das heißt mit drei Kindern und einem Durchschnittseinkommen in prekäre Lagen gekommen sind. Frühere Linksregierungen, etwa Jospin, wollten auch der Familie und den Privatschulen an die Existenz gehen und sie dem Staat unterwerfen. Es kam zu den größten Demonstrationen der Nachkriegszeit, 1984 wegen der Schulreform, 2014 wegen der Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. 1984 waren es zwei Millionen, vor zwei Jahren 1,8 Millionen. In solchen Momenten wird ein Trauma lebendig. Es ist das Trauma der Spaltung. Dieses Trauma ist, wie der große Staatsrechtler Maurice Duverger meinte, geradezu konstitutiv für Frankreich und geht auf die Große Revolution zurück. In der Tat: Seit der „notwendigen Plage der Revolution“ wie Joseph de Maistre die Revolution nannte, teilen sich Legitimisten und Liberale, Monarchisten, Sozialisten, Kommunisten und Bürgerliche, Konservative und auch ein paar Christdemokraten das Land auf in die an der Macht und in die auf der Straße. Der demokratische Kompromiss ist in der großen Revolution gleichsam mit geköpft worden. Deswegen muss dieses Land auch eine nahezu allmächtige

Integrationsfigur, einen monarchischen Präsidenten haben. Die Alternative ist das parlamentarische Chaos der Vierten Republik mit immer schneller wechselnden Regierungen.

Die fünfte Republik hat das Trauma der zwei Frankreiche verdrängt, überlagert. Die beiden Lager wurden durch eine prosperierende Mittelschicht und einen stetig wachsenden Sozialapparat besänftigt. Das französische Sozialsystem ist das teuerste in der EU und sogar in der OECD. Zu seinen „Errungenschaften“ gehören auch die 35-Stunden-Woche und ein Rentensystem, das trotz längeren Lebensalters mit immer kürzeren Lebensarbeitszeiten beglückte. Aber irgendjemand muss die Party bezahlen. Die Finanzkrise und ihre Folgen, die Zuwanderung in die Sozialsysteme, der verschärfte Wettbewerb durch die Globalisierung legen dem französischen Haushalt Rechnungen auf den Tisch, die nicht mehr beglichen werden können. Zwar hilft die EZB mit Gelddrucken und die EU-Kommission mit Nachsicht und Aufschub für die Sanierung – unter Federführung des französischen Kommissars Moscovici, der für Haushaltsstabilität zuständig ist. Aber die Zeit wurde nicht für Reformen genutzt, sie wurde verplempert mit Zaudern und linkem Experimentieren. Die Arbeitslosigkeit stieg unentwegt. Kleinere Reformen wurden in Gang gesetzt, was jedoch fehlt ist eine veritable Arbeitsmarktreform, die Kündigungen und damit Einstellungen erleichtert und die die Wettbewerbsfähigkeit durch eine höhere Produktion, das heißt längere Arbeitszeiten, verstärkt.

Mit anderen Worten: Die üppigen, in Europa einzigartigen sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte müssen abgebaut oder mindestens reformiert werden. Das haben Präsident Hollande, Premier Valls und vor allem sein früherer Wirtschaftsminister und vermutliche Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron verstanden. Die Arbeitsmarktreform, das nach der Arbeitsministerin el Khomri benannte Gesetz legt die Arbeitszeit jetzt in die Hand der einzelnen Unternehmen und ihrer Belegschaften, nicht mehr in die Verfügung der Branche, mithin der Gewerkschaften. De facto entspricht das einer Aufweichung der 35-Stunden-Woche. Denn die Arbeitnehmer werden lieber eine oder zwei Stunden länger in der Woche arbeiten als ihre Stelle durch die Pleite des Betriebs ganz zu verlieren. Das aber bedeutet eine Entmachtung der Gewerkschaften, vor allem der kommunistischen CGT.

Das Arbeitsmarktgesetz ist der Beginn einer Strukturreform, die dringend nötig ist. Frankreichs Wirtschaft wächst seit mehr als zehn Jahren langsamer als der Durchschnitt der EU und zwar um 0,4 Prozent und musste auch jetzt

wieder seine Wachstumserwartungen dämpfen, während die anderen Länder, zum Beispiel Deutschland, sie nach oben revidierten. Auch die Handelsbilanz ist seit Beginn des Jahrtausends negativ, was dazu führt, daß jedes Jahr der Konsum von mehr als zehn Milliarden Euro weder von der Binnenproduktion noch von Exporten finanziert wird. Die Finanzierung geschieht über den Rückgriff auf französisches Kapital, also Sparkonten oder den Verkauf von nationalem Tafelsilber in Form von Monumenten, Häuser, Fußballvereinen an ausländische Investoren, meist Araber oder Chinesen. Die Alternative ist klar: Frankreich verkauft sich. Oder es reformiert sich.

Ich will das und damit die wirtschaftliche Lage der Grande Nation an drei Zahlen, genauer Prozentzahlen festmachen. Die erste Zahl ist 64. 64 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht einer bezahlten Beschäftigung nach. In Deutschland sind es 73 Prozent. Die anderen studieren, sind arbeitslos, zuhause oder in Frührente. Bei vielen Arbeitslosen ist es eine mangelnde Ausbildung und das gilt vor allem für Doppelstaatler, konkret Einwanderer aus dem Maghreb und anderen Ländern Afrikas. Selbst wenn der Arbeitsmarkt weiter liberalisiert wird, was alle bürgerlichen Kandidaten für die Nachfolge Hollandes auf dem Programm haben, werden viele arbeitslos bleiben, weil ihnen die Bildungsvoraussetzungen für unsere komplizierte, arbeitsteilige Wirtschaft fehlen. Der Sockel der Langzeitarbeitslosen ist breit und hoch und wird es vermutlich auch bleiben.

Dann muss zu der Lockerung des Arbeitsmarktes auch eine praxisnähere Berufsausbildung kommen. Hier ist eine Reform dringend geboten. Das duale Ausbildungssystem Deutschlands könnte als Vorbild dienen. Nicht umsonst ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 24 Prozent mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland (sieben Prozent). Aber auch der hohe Mindestlohn, mit knapp zehn Euro der zweithöchste in Europa nach Luxemburg, verhindert Anstellungen. Am stärksten aber bremst das Arbeitsrecht. Junge Leute können froh sein, wenn sie einen Zeitvertrag bekommen. Unbefristete Arbeitsverträge sind so etwas wie ein sechser im Lotto. Es ist praktisch unmöglich, solche Verträge zu kündigen, selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Die zweite Zahl lautet 57. 57 Prozent des Bruttozialprodukts gehen in die Verwaltung, und zwar des Zentralstaats, der Kommunen und der Sozialversicherung. Die Vergleichszahlen für Italien sind 51, für Deutschland 44, für Großbritannien 41 und für die Schweiz 34 Prozent. Nun könnte man das noch hinnehmen, wenn die Dienstleistung entsprechend besser wäre.

Wer aber in Frankreich oder Deutschland ins Krankenhaus kommt wird keinen Unterschied feststellen. Niemand wird auch einen Unterschied in Frankreich selber zwischen den Jahren 2000 und heute bemerken. Aber vor anderthalb Jahrzehnten hatte Frankreich 15 Staatsdiener weniger als heute. Dabei ist die Bevölkerung kaum gewachsen. Keine Qualitätssteigerung, aber erhebliche Mehrkosten : Wo geht das Geld hin ? Das fragt sich auch der Rechnungshof und listet alljährlich zahllose Beispiele der Verschwendung im Staatsdienst auf. So hat Frankreich als einziges Land in Europa eine doppelte Verwaltung für sein Sozial- und Gesundheitswesen. Kein Land hat so viele Optionen und Hilfsangebote für Alte, Kranke und Wohnungen. Und es gibt kein anderes Land, vielleicht Belgien noch, das pro Kopf so viele Funktionäre und Mandatsträger hat. Jeder fünfte Arbeitnehmer ist in der Verwaltung beschäftigt, insgesamt 22 Prozent. Der Durchschnitt in der OECD liegt bei 15 Prozent. Hier ist jede Menge Reform- und Rationalisierungsbedarf. Es gibt praktisch keine Regierung in der Fünften Republik, die nicht bei der Aufblähung des Staatsapparates mitgewirkt hat. Wenn Frankreich sparen wollte, hier wäre viel Verschlankungspotential und alle ernsthaften Kandidaten der Bürgerlichen, also Alain Juppe, Nicolas Sarkozy und Francois Fillon sehen sowohl eine Reduktion der Zahl der Staatsdiener um 250.000 bis 300.000 in fünf Jahren vor als auch eine Erhöhung der Arbeitszeit von heute 35 Stunden auf 37 bis 39 Stunden. Die Kandidaten unterscheiden sich nur in Details, und da einer von ihnen Präsident werden wird, kann es für Frankreich in diesem Bereich eigentlich nur besser werden. Ich sage *eigentlich*, weil es sich um Programme und Versprechen handelt. Wieviel davon umgesetzt wird, das wird auf der Straße und vor allem in Kopf und Herz der Politiker, konkret entsprechend ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit entschieden.

Die dritte Zahl lautet hundert Prozent. Soviel beträgt die Staatsschuld gemessen am Bruttosozialprodukt. Seit zwei Jahren schlägt das nicht so sehr zu Buche, weil die Zinsen niedrig sind und die Konjunktur auch in Frankreich angezogen hat. Aber sobald die Zinsen steigen wird Frankreich ein enormes Problem bekommen. Das wird Kräfte und Mittel binden, der Gürtel wird sehr eng geschnallt werden müssen. Alle Kandidaten haben deshalb Kürzungen im Staatshaushalt vorgesehen bis zu hundert Milliarden in drei bis fünf Jahren. Auch in den Sozialhaushalten wird deutlich gestrichen werden müssen. Ohne diese Kürzungen wird es keine neuen Kredite und keine Investitionen, sprich kein neues Wachstum geben. Man wird unter anderem, auch da sind sich die Kandidaten alle einig, die Lebensarbeitszeit verlängern, sprich das Renteneintrittsalter auf mindestens 65 hochschrauben müssen.

Man kann sich die wehenden roten Fahnen der Gewerkschaften, vor allem der CGT, auf der Straße schon vorstellen. Die Konfrontation zwischen Regierung und CGT wird unausweichlich sein und das alte Trauma der zwei Frankreiche wieder beleben. Für die Regierung wird es um ihre Reformfähigkeit, für die CGT schlicht um die Macht gehen.

So könnte man jetzt eine Diagnose von Bereich zu Bereich anstellen, etwa in der Bildungspolitik oder in der Familienpolitik oder in der Rentenpolitik. Ich will sie damit nicht langweilen. Was uns interessiert und interessieren muss ist die Frage: Wie vital ist der Nachbar, kann er seine Probleme in den Griff bekommen und was bedeutet das für Europa?

3. Frankreich und Europa

Damit bin ich beim Punkt drei, Frankreich und wir. Natürlich gibt die Garde nicht auf und meine Einschätzung ist, daß die vitalen Kräfte Frankreichs stark genug sind, um den Herausforderungen der sozialen, bildungspolitischen und sicherheitspolitischen Reformnotwendigkeit zu begegnen. Der frühere Präsident Jacques Chirac stellte seinem Buch *Une nouvelle France* kurz vor seiner Wahl 1994 die allgemeine Einsicht voraus, ich zitiere: „C'est le declin quand l'homme dit: Que va-t-il se passer? Au lieu de dire: Que vais-je faire“, also : Der Niedergang beginnt, wenn der Mensch sich nur noch fragt: Was wird geschehen, statt sich auffordernd zu sagen: Was ist zu tun?“ Das fragen sich alle Kandidaten der Bürgerlichen. Gefährlich wird es, wenn das im nationalen Alleingang und gegen Europa versucht werden sollte, was der Front National vorhat. Wenn Marine Le Pen gewählt werden sollte, was ich nicht sehe, dann hätte Europa ein Problem. Wenn Juppe, Sarkozy oder Fillon gewählt werden, womit ich rechne, dann wird es Verhandlungen über einen neuen europäischen Grundlagenvertrag geben, jedenfalls steht das bei Juppe und Sarkozy im Programm, bei Juppe ist es nur eine mögliche Option. Alle aber wollen ein anderes Europa, weniger technokratisch, weniger zentralistisch, weniger supranational. Die Staaten und Nationen sollen wieder mehr Gewicht bekommen. Mehr Asterix statt Brüssel, mehr Eigenständigkeit statt Fremdbestimmung.

An einer Grundkonstante aber wird keiner rütteln: Der deutsch-französischen Freundschaft. Hier werden alle dem Rat de Gaulles folgen, der sagte: Wenn es eine Nation gibt, mit der das französische Volk zum Besten Europas kooperieren sollte, so ist es das deutsche. In der Vergangenheit sind hier zu

viele Fehler gemacht worden“. Zitat Ende. Einer seiner Nachfolger, Jacques Chirac, vertiefte diesen Gedanken in einem Interview, das ich vor Jahren mit ihm führen konnte, indem er sagte: Es gehe um mehr als Solidarität, „Solidarität, das ist auch mehr als Freundschaft. Freundschaft ist für mich mit Blick auf die Deutschen selbstverständlich, aber Solidarität geht weiter. Ich verbinde damit ein echtes Gefühl der Brüderlichkeit. Es gibt keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland“.

Mit einem schwachen Frankreich ist niemandem gedient, am wenigsten den Deutschen. Wenn Europa vorankommen, das heißt reformiert und gestärkt werden soll, dann kann das nur geschehen, indem die beiden karolingischen Kernstaaten Frankreich und Deutschland an einem Strang ziehen. Dafür bieten die bürgerlichen Kandidaten mehr Gewähr als Marine Le Pen oder auch die Linke. Zwar berufen sich mittlerweile etliche Politiker auf den Ahnen der vereinigten Linken, Mitterrand, der im Januar 1995 vor dem Europa-Parlament in einer eindrucksvollen Rede gesagt hatte: Nationalismus bedeutet Krieg. Aber das galt und gilt nur für einen ausgrenzenden Nationalismus, nicht für Patriotismus. Fast allen Politikern an Spree und Seine ist heute klar: Zu der deutsch-französischen Freundschaft gibt es keine vernünftige Alternative – irgendwelche Alternativen gibt es immer, wie man in Deutschland sieht. Nur ein paar Ewiggestrige oder verbohrte Nationalisten dürften noch der Meinung sein, am deutschen Wesen oder an der französischen Grandeur allein könne die Welt genesen. Der Zwang zur Gemeinsamkeit ist heute größer als der Drang zum selbstherrlichen Alleingang. Das ist nicht nur eine Frage des politischen Willens, sondern auch der politischen Umstände und Gegebenheiten. Niemand weiß, wie es mit Putin weitergeht, niemand weiß, wie der Dritte Weltkrieg gegen den islamistischen Totalitarismus endet, niemand weiß, wie Clinton oder Trump das Verhältnis zu Europa oder wie sehr sie die pazifische Option entwickeln werden. Auch hier ein weises Wort de Gaulles an seine Landsleute: Die Deutschen wird es in Europa immer geben, die Amerikaner nur vielleicht. Es ist ein Wort wie aus der Gedankenwelt Bismarcks, der seinen Epigonen die Weisheit hinterließ: Die einzige Konstante der Außenpolitik ist die Geographie.

Die deutsch-französische Liaison ist eine Schicksalsgemeinschaft wie Adenauer und de Gaulle sagten, eine entente elementaire, ein Kernbündnis, wie selbst der Ostpolitiker Willy Brandt betonte. Natürlich ist das keine Garantie für die Zukunft. Man kann von den Franzosen nicht erwarten, daß sie unsere Umwelthysterien und die romantische Suche nach der rotgrünen

Blume, die demnächst tiefrotgrün sein soll, immer richtig einordnen. Oder daß sie unseren moralischen Imperativ in allem, auch bei der Immigration, teilen. Und für uns ist unverständlich, warum den Franzosen eine hohe Inflation gleichgültig sein und es unbedingt 264 geschützte Käsesorten in den internationalen Handelsverträgen geben soll und warum die Franzosen mehr Kinder haben obwohl sie, gemessen am Sozialprodukt nicht mehr Geld ausgeben als wir. Es gibt, gottseidank sage ich, Unterschiede in der Mentalität, in den Sehnsüchten und in der Lebensweise. Insofern gilt für das Bewußtsein von der deutsch-französischen Freundschaft die Erkenntnis und das Postulat, das Ernest Renan 1882 in der Sorbonne über die Nation formulierte, ich zitiere, weil es oft so verkürzt wird: „Die Nation ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und lässt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist (man verzeihe mir diese Metapher) ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Lebens ist.“

Auch die deutsch-französische Freundschaft braucht diese ständige Bekräftigung, diese Solidargemeinschaft braucht den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Ich sehe hier aktuell Momente der Schwäche und der Unsicherheit. Deutschlands Zukunft liegt nicht im Osten und auch nicht in der Mitte. Sie liegt zuerst im Westen Europas. Auch wenn man in Berlin ein anderes Lebensgefühl haben mag. Das bedeutet keine Abkehr von der Mittlerrolle Deutschlands zwischen West- und Osteuropa, sondern vielmehr seine Bestärkung. Denn ein Rückfall ist immer möglich. Sicher, die Institutionen der deutsch-französischen Aussöhnung, das deutsch-französische Jugendwerk etwa oder die mehr als zweitausend Städtepartnerschaften arbeiten relativ reibungslos und auch der franko-deutsche Sender Arte findet seine Zuschauer. Aber vor allem jungen Deutschen und Franzosen ist heute nicht mehr so recht klar, worum es bei diesem speziellen Verhältnis eigentlich geht, warum die Achse so tragend für das europäische Gefährt sein soll. Es fehlt der emotionale Kitt, von den schwindenden Sprachkenntnissen einmal abgesehen. Dass es einmal eine deutsch-französische Erbfeindschaft gab, haben viele nie erfahren. Kein Großvater erzählt es ihnen, es gibt die Großväter in den Single-Gesellschaften ja kaum noch. An der jüngeren Generation geht die deutsch-französische Freundschaft fast wortlos vorbei. Und es gibt sie, die jungen Deutschen, die sich mit einer Flasche Rotwein und einem Baguette an den

Strand setzen und meinen, das sei besonders französisch. Oder die jungen Franzosen, die Achtung rufend ins Bistro treten und meinen, das sei deutsches Wesen. Die kulturellen Mauern sind immer noch hoch und Film und Fernsehen prägen mit Klischees das Deutschland- oder Frankreich-Bild. Hier hätte das Bildungspersonal auf beiden Seiten noch viel zu tun. Sicher, es wird immer ein Stück germanischen Irrationalismus, deutscher Romantik und teutonischer Unbedingtheit geben sowie kartesianisch-schneidendes Denken, den eitlen Hang zur Gloire oder die Überheblichkeit vermeintlich siegreicher Revolutionäre. Damit muss man leben. Damit kann man leben. Carlo Schmidt, Sohn eines deutschen Vaters und einer französischen Mutter, brachte auf den Punkt, was zu tun ist, in guten wie in schlechten Tagen, als er schrieb: „So wie die Nation ein Plebiszit ist, das sich jeden Tag wiederholt, so ist die Freundschaft etwas, das jeden Tag durch neue Freundestat neu begründet werden muss“.

Ich komme zum Schluss.

Nation und Freundschaft, das ist eine verbindende Formel für die Politik in Paris und Berlin. Heute haben wir gemeinsame Feinde, vor allem den islamischen Totalitarismus, der unsere Gesellschaftssysteme bedroht. Wir haben aber auch gemeinsame Interessen, eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Werte, eine gemeinsame Kultur. Das trägt weiter als die Unterschiede in Währungsfragen oder Denkweisen. Zur gemeinsamen Kultur gehört auch das rechte Maß. Wenn die europäische Kultur des Maßes verlorenght, droht Radikalismus. Auch der kann in verschiedenen Formen daherkommen – und ist auch seit den alten Griechen bekannt. Denn prinzipiell gibt es nur zwei Gesellschaftsmodelle: Das Konfliktmodell und das Konsensmodell. Ein Ahnherr der Konflikttheorie, der Sophist Thrasymachos, sah als alleiniges Kriterium für das gesellschaftliche Handeln die technische Durchsetzbarkeit. Was geht, wird gemacht. Keine Rücksicht auf Ethik oder Würde im Alter. Geschweige denn auf Werte. Das Ergebnis ist der repressive Staat mit Euthanasie, Genderwahn und Instrumentalisierung der Familie, es ist das Modell Brüssel. Aristoteles dagegen sah nicht im Henker sondern in der Freundschaft, der Solidarität, in der Konsenssuche das Band der Gesellschaft. Das ist in der Tat die Alternative der Zukunft: Eine solidarische Gesellschaft mit freundschaftlichen Formen des Zusammenlebens oder eine repressive mit der Kultur des Todes und des Profits. Auch diese Folgen der Krise gilt es zu bedenken. Es geht nicht nur um den Euro oder Geld. Es geht auch um den Charakter der Zivilgesellschaft, mithin um seine Menschlichkeit. Man mag das als zu weit hergeholt betrachten. Aber schon Romano Guardini wies auf die Gefahr des „unmenschlichen“ oder des „nicht-humanen

Menschen“ hin. Der große Denker sah die „Unmenschlichkeit des Menschen“ in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vergessen Gottes und der Anwendung einer nahezu gebieterischen aber auch irreführenden Technologie und dem daraus resultierenden Anspruch der technischen Durchsetzbarkeit. Guardini schrieb mit einem Hauch von Prophetie: „Es ist für mich als ob unser ganzes kulturelles Erbe von den Zahnrädern einer Monstermaschine erfasst würde, die alles zermalmt. Wir werden arm, wir werden bitterarm“. Guardini meint damit die Armut des Geistes, denn er sah auch den Zusammenhang zur Wahrheit und zur Entchristlichung oder Säkularisierung der Gesellschaft. In seinem posthum erschienenen Werk „Die Existenz des Christen“ beobachtet er, wie der Geist als solcher krank werden kann. „Das geschieht nicht unbedingt nur dann, wenn der Geist sich irrt, sonst wären wir ja alle geistig krank, denn wir täuschen uns alle mal; noch nicht einmal, wenn der Geist häufig lügt; nein, der Geist wird krank, wenn er in seinem Wurzelwerk den Bezug zur Wahrheit verliert. Das wiederum geschieht, wenn er keinen Willen mehr hat, die Wahrheit zu suchen und die Verantwortung nicht mehr wahrnimmt, die ihm bei dieser Suche zukommt; wenn ihm nicht mehr daran liegt, zwischen wahr und falsch zu unterscheiden“.

Die Wahrheit macht frei. Ohne sie wuchern Ideologien und Gier des Kapitalismus unkontrolliert vor sich hin. Wenn sie nicht gestoppt oder eingehegt werden, so wie Schuman, Adenauer, Monnet und andere es im Sinn der europäischen Kultur vor 60 Jahren versuchten und für Jahrzehnte auch erfolgreich taten, dann ist auch die Idee Europa in Gefahr. Es gibt kein geistiges Vakuum. Wenn die karolingischen Kernstaaten Frankreich und Deutschland sich nicht auf ihre Werte besinnen, wer soll es sonst tun? Ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass es geschieht.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit